

Pressemitteilung

Alle mitnehmen – Netzwerk gegen Diskriminierung im Verkehr stellt Forderungskatalog vor

Einladung zum Aktionstag des Netzwerkes „Gemeinsam gegen Diskriminierung – Mobilität für alle!“ am 8. August, Diskussion mit den verkehrspolitischen Sprecher:innen der Parteien und dem VBB, Netzwerk fordert den Abbau von Zugangsbarrieren, den Schutz vor Belästigungen und Übergriffen, eine breitere Beteiligung an der Verkehrsplanung und einen Aktionsplan gegen Diskriminierung im Verkehr

Potsdam, 06. August 2021: Diskriminierung ist kein abstrakter Begriff, sondern ein ganz konkretes Problem, wenn du kein Geld für ein Fahrrad hast, wenn du an der Bushaltestelle stehen gelassen wirst, weil dein Kopftuch dich für den:die Busfahrer:in unsichtbar macht, wenn du im Bus beleidigt oder bedroht wirst, weil jemandem deine Hautfarbe nicht passt oder du deine Fahrt mindestens 24 Stunden vorher anmelden musst, damit jemand dir hilft mit dem Rollstuhl zum richtigen Bahnsteig zu kommen. Diese und weitere Beispiele hat das Netzwerk „Mobilität für alle – gemeinsam gegen Diskriminierung“ zusammengetragen und für einen Forderungskatalog ausgewertet, der auf einem Aktionstag am 8. August in Potsdam vorgestellt und danach in Fachgesprächen mit Politik und Verwaltung diskutiert wird.

„Wir sind mit unserem Projekt „Mobilität für alle“ erst in diesem Frühjahr gestartet und selbst überrascht mit welcher Dynamik sich das neue Netzwerk entwickelt“, erläutert **VCD Projektleiterin Lena Gaidies**. „Ein Zeichen dafür, dass immer noch viele Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, und Gewalt oder Belästigung erleben oder befürchten müssen.“ Neben der Sensibilisierung geht es dem Netzwerk auch um ganz konkrete Forderungen.

„Wir brauchen dringend eine Verkehrswende, die es Menschen auch ohne Auto ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Doch damit das gelingt, ist es wichtig, noch besser auf die Bedürfnisse diverser Bevölkerungsgruppen einzugehen. Deshalb müssen schon in der Planungsphase von Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangeboten möglichst viele Gruppen mit unterschiedlichen Lebensumständen gehört und berücksichtigt werden“, erläutert **Mirjam Rehr, Vorstandsmitglied des ökologischen Verkehrsclubs VCD Brandenburg** und verweist damit auf eines der strukturellen Probleme, auf die das neue Netzwerk aufmerksam machen will. Inzwischen beteiligen sich mehr als 13 Initiativen am Netzwerk. Weitere kommen hinzu, denn Diskriminierung hat viele Gesichter und Gründe.

Zu viele Zugangsbarrieren

„Schlecht begeh- und berollbares Pflaster, fehlende Rampen, zu kleine Fahrstühle, nicht tastbare Beschilderung und vieles mehr. All das sind Alltagshürden, denen Menschen mit Behinderungen tagtäglich gegenüberstehen. Obwohl Interessensverbände seit Jahren auf diese Probleme aufmerksam machen, wird der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum immer noch zu wenig Beachtung zuteil“, kritisiert **Tina Denninger vom Büro für Chancengleichheit der Landeshauptstadt Potsdam**.



Gemeinsam gegen Diskriminierung - Mobilität für alle!

Und andere Zugangsbarrieren, wie kulturelle Hürden, stehen noch nicht einmal auf der Agenda. „Viele Migrant:innen gehen weite Wege zu Fuß oder geraten in gefährliche Situationen, weil sie kein Fahrrad besitzen, nicht Fahrrad fahren können oder sich mit den deutschen Verkehrsregeln unsicher fühlen“, erläutert Diana Sandler vom Migrations- und Integrationsrat des Landes Brandenburg, „dabei lässt sich mit kleinen Projekten hier schon viel erreichen. Solche Projekte, die beraten, mit Umgangsformen vertraut machen und Austausch schaffen, gibt es schon lange, aber sie benötigen mehr Förderung und Aufmerksamkeit. Verbesserungen funktionieren nur gemeinsam.“

Auch die seit Jahren steigenden Mieten in den Innenstädten, durch die Studierende und andere Menschen mit geringem Einkommen immer weiter in die Außenbezirke gedrängt werden, ist eine Zugangshürde, wenn nicht gleichzeitig die Anbindung an den öffentlichen Verkehr sichergestellt wird. Ein Problem, das auch **Moritz Pleuse, Vertreter der Juso Hochschulgruppen in Brandenburg** und **Johanna Tiepelmann vom AStA der Universität Potsdam** gut kennen.

Angst vor Belästigung und Übergriffen

„Dunkle Radwege in einsamen Gegenden, Fußgängertunnel, abgelegene Haltstellen, solche und andere Orte sind für viele Frauen Angsträume. Deshalb fordert unser Netzwerk verbindliche Checklisten, um solche Räume schon bei der Planung zu vermeiden und in verkehrsschwachen Zeiten öffentlich geförderte Rufbus/Ruftaxi-Systeme speziell für FINTA-Personen“, erläutert Michaela Burkard vom autonomen Frauenzentrum Potsdam.

„Doch auch tagsüber und auf belebten Flächen erleben Menschen Diskriminierung. So stehen People of Colour überdurchschnittlich häufig im Fokus von Ticketkontrollen“, so **Diana Chico-Alvarez und Abdou-Rahime Diallo, Vorstandsmitglieder von Netzwerk Migrant*innenorganisationen Brandenburg - NEMiB e.V.**, „Deshalb muss das Personal im öffentlichen Verkehr noch stärker für Antidiskriminierung, insbesondere Antirassismus sensibilisiert und geschult werden, auch um bei Übergriffen durch andere Fahrgäste konsequent und wirksam eingreifen zu können. Wichtig sind auch Programme und Fortbildungen für Intervention und Prävention gegen Diskriminierung, wie Empowerment von Betroffenen, damit sie sich bei Vorfällen selbst schützen können.“

Lebensrealitäten nicht mitgedacht

Diskriminierung besteht auch, wenn die Bedürfnisse von Menschen nicht oder nur unzureichend in der Planung berücksichtigt werden, oder Menschen überproportional unter den negativen Folgen des Verkehrs zu leiden haben.

„Die Verkehrspolitik orientiert sich immer noch stark an Lohnarbeitswegen und dem motorisierten Individualverkehr – morgens mit dem Auto zur Arbeit und abends wieder zurück. Diese Annahme entspricht jedoch nicht der Alltagsmobilität vieler Frauen. Denn Frauen leisten immer noch überdurchschnittlich häufig Sorge- sowie Haushaltsarbeit und legen dafür viele kurze Wege zurück. Bei der Planung neuer Siedlungen muss deshalb konsequent mitgedacht werden, dass Orte der Nahversorgung, Freizeit- und Familienangebote, Bildungsstätten und Arbeitsstandorte gut zu Fuß mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV erreichbar sein sollten“, erläutert **Jenny Pöller, Sprecherin beim Frauenpolitischen Rat des Land Brandenburg e.V.**



Und **Lennart Nieweler von der AG Migration und Vielfalt der SPD Brandenburg** ergänzt: „Auch Unterkünfte für Geflüchtete müssen bei der Planung des ÖPNV stärker berücksichtigt werden und regelmäßige Anbindungen erhalten. Außerdem dürfen die Linien nicht, wie in Corona-Zeiten teilweise geschehen, als nachrangig behandelt und eingestellt werden.“

„Die Lasten des Verkehrs, wie Lärm- und Luftbelastung, müssen häufig Menschen tragen, die sich nur niedrige Mieten leisten können und daher eher an großen und stark befahrenen Straßen wohnen. Dabei sind es gerade die Haushalte mit niedrigem Einkommen, die oft kein eigenes Auto besitzen und auf einen barrierefreien, sicheren und funktionierenden ÖPNV angewiesen sind. Verkehrsbedingte Luftbelastungen und Verkehrslärm müssen wirksam bekämpft werden, zum Beispiel durch eine Temporeduzierung innerorts“, erläutert **Gerrit Alino Prange von der GRÜNEN JUGEND Brandenburg**.

Aktionsplan gegen Diskriminierung im Verkehr gefordert

Um Diskriminierung zukünftig besser entgegenwirken zu können, fordert das Netzwerk einen Aktionsplan Antidiskriminierung für den Bereich Mobilität. Dieser sollte alle Formen der strukturellen und individuellen Diskriminierung sowie Gewalt abdecken und Ziele, Maßnahmen und Fördermöglichkeiten definieren. Darüber hinaus muss auch die Beratung ausgebaut werden. „Um Betroffenen schon jetzt schnell und unbürokratisch helfen zu können, müssen die Beratungs- und Beschwerdestrukturen für Diskriminierungsfälle in Brandenburg flächendeckend ausgebaut und staatlich gefördert werden. Unterstützungsmöglichkeiten müssen wohnortnah, barrierefrei, professionell und unabhängig sein, um wirksamen Diskriminierungsschutz zu schaffen“, so **Simon Grünwald von der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg des Vereins Opferperspektive**.

Miteinander diskutieren und Lösungen entwickeln

Das Netzwerk „Mobilität für alle – gemeinsam gegen Diskriminierung“ lädt alle Interessierten am 8. August von 14-17 Uhr zu einem Aktionstag vor dem Brandenburger Tor in Potsdam ein, um seinen Forderungskatalog vorzustellen. Mit persönlichen Erfahrungsberichten und Informationsständen soll auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Außerdem besteht die Möglichkeit sich an einer-Diskussion mit den verkehrspolitischen Sprecher:innen der Parteien und dem VBB zu beteiligen. Der Aktionstag ist der Auftakt für weitere Fachgespräche mit Politik und Verwaltung, in denen gemeinsame Lösungen gefunden und erste Maßnahmenpakete besprochen werden sollen.

Das Netzwerk freut sich über weitere Personen, Verbände und Initiativen, die das Projekt unterstützen wollen. Interessierte können unter info@vcd-brandenburg.de Kontakt mit dem Projektteam aufnehmen.

Pressekontakt VCD-Brandenburg • Lena Gaidies (Projektleiterin) • mobil 0160 6780880 • presse@vcd-brandenburg.de



Gemeinsam gegen Diskriminierung - Mobilität für alle!

Mobil in Brandenburg

ökologisch und sicher

Der ökologische Verkehrsclub VCD-Brandenburg setzt sich für eine umwelt- und sozialverträgliche, sichere und gesunde Mobilität in Brandenburg ein. Geleitet von dem Gedanken einer globalen Verantwortung, engagiert er sich auf lokaler und regionaler Ebene für eine klimaverträgliche, nachhaltige Verkehrspolitik. Seit 1991 kämpft der VCD für ein gerechtes

und zukunftsfähiges Miteinander aller Menschen auf der Straße – egal, ob sie zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus und Bahn oder dem Auto unterwegs sind.

Sie möchten keine Pressemitteilungen des VCD Brandenburg mehr erhalten, dann können Sie sich hier abmelden:

